Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold, Druck u. Verlag: Auerbruder u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 48. Sonnabend, den 26. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag unter Teilnahme des Reichspräsidenten über die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz Beschluß gefaßt.

*

Der gestern dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf zur Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes sieht eine Verlängerung der Frist der Entwaffnung um vier Monate, also bis zum 1. Juli 1921, vor.

*

Der Haushalt des Reichswehrministeriums für 1921 wird mit 3½ Milliarden abschließen, während der Haushalt für 1920 mit über 5 Milliarden abschloß.

*

Zur Kündigung des Ueberschichtenabkommens im Ruhrgebiet wird jetzt mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen der Eintritt der Kündigung bis zum 13. März verschoben worden ist.

*

Auf der gestrigen Vormittagsitzung der Londoner Konferenz unterwarf Pekit Sami Bey sich der Entscheidung des Untersuchungsausschusses. In Konferenzkreisen hofft man, daß auch die Griechen sich der Entscheidung der Kommission unterwerfen werden.

Das Erfordernis der Stunde.

Von einer hervorragenden Persönlichkeit unseres Wirtschaftslebens wird, wie wir gestern im Depeschenteil schon kurz erwähnten, der Deutschen Allgemeinen Zeitung geschrieben, daß sich angesichts der drohenden politischen Gefahren mancher — und nicht der schlechtesten — Kreise des deutschen Volkes eine Erregung bemächtigt, die eine Möglichkeit unüberlegter Handlung in sich birgt. Es handle sich aber um einen nur kleinen Kreis politisch kurzsichtiger Phantasten, deren Aktion schon aus Mangel an Waffen an sich ohne praktische Bedeutung sein würde. Es heißt dann weiter in der Deutsch. Allg. Ztg.: Von denjenigen, die in London die deutschen Interessen unter so schwierigen Umständen vertreten sollen, darf man erwarten, daß sie sich durch Einschüchterungen irgendwelcher Art nicht zu einer falschen Nachgiebigkeit bringen lassen; dafür müssen sie aber die Sicherheit haben, daß in der Heimat kein Unfug verübt wird. Eine Wiederholung der Verhältnisse, wie sie im März 1920 zuerst von rechts, dann von links herbeigeführt wurden, wäre für den Bestand des Reiches verhängnisvoll. Gerade Industrie und Handel, von denen in erster Linie der Wiederaufstieg und der Aufbau unseres Wirtschaftslebens abhängig sind, würden dann am härtesten getroffen werden. Es muß daher die Aufgabe aller, die es angeht, sein, dafür zu sorgen, daß das Land in Ruhe bleibt und daß in Preußen möglichst bald ordnungsmäßig eine von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Regierung eingesetzt wird. In der Zwischenzeit sollte jeder als Feind behandelt und gegebenenfalls unschädlich gemacht werden, der die Ruhe stört, mag er von links oder von rechts kommen.

Ein angeblicher Putschplan Ehrhardts.

Ueber einen angeblichen Putschplan des Kapitänleutnants Ehrhardt teilt der Berliner Korrespondent der Münchener Zeitung mit, vor einiger Zeit sei Ehrhardt an Stinnes mit dem Vorschlage herangetreten, falls die Regierung bei den Verhandlungen mit der Entente wieder versagen sollte, sie zu stürzen und sich selber mit diktatorischer Gewalt auszurüsten und an die Spitze einer neuen Regierung zu stellen. Stinnes habe den wahnwitzigen Plan sofort abgewiesen. Das gleiche solle Ehrhardt vorher schon bei General Ludendorff widerfahren sein; auch die Deutsche Volkspartei habe sich einmütig auf den gleichen Standpunkt gestellt. Die Reichswehr sei in keinem ihrer Teile und in keiner ihrer leitenden Persönlichkeiten an dem törichten Projekt beteiligt gewesen. Hinter Ehrhardt ständen, wie man versichert, überhaupt höchstens 40 000 Mann.

*

Der Dammert-Dienst glaubt, diese Darstellung aus eigener genauer Kenntnis bestätigen zu können, wenigstens soweit sie Stinnes und die Deutsche Volkspartei betreffe. Ehrhardt, so meldet er, halte sich beim bayrischen Justizminister Dr. Roth auf; jedenfalls sei er in Bayern, und der längst erlassene Haftbefehl des Kriegsgerichts scheint ihn dort nicht zu stören. Danach scheint also für den vielbesprochenen obigen Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung, der Stinnes zugeschrieben wird, mehr Veranlassung gewesen zu sein, als man bisher wußte.

Ein Rundschreiben Escherichs.

Forstrat Escherich hat das folgende Rundschreiben an seine Organisationen [illegible] gerichtet: In den nächsten Tagen wird in London unsere Regierung nochmals vor schwere Entsch[illegible] Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes ge[illegible] Es ist Zweck der Organisation Escherich, unter [illegible] Umständen der Regierung [illegible] eine Stütze [illegible] sein, namentlich wo es gilt, den einheitlichen Willen des Volkes in Stärke und Würde zum Ausdruck zu bringen. Unsere Pflicht ist es daher, die nach dem Wahlkampf erregten Gemüter im vaterländischen Interesse zu einen und unseren Einfluß dahin geltend zu machen, daß nicht unbesonnene, kurzsichtige Phantasten durch unüberlegte Handlungen eine Lage herbeiführen, die einen einheitlichen Entschluß des Volkes unmöglich machen und der Gesamtheit unermeßlichen Schaden zufügen würde.
gez. Escherich.

Die roten Kampforganisationen.

In der Angelegenheit der roten Armee sind gestern in Berlin drei neue Verhaftungen vorgenommen worden. Es gelang der Behörde, eine zweite Heeresleitung der Roten Armee in Mitteldeutschland zu ermitteln. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, Waffenlager ausfindig zu machen.

Das Ergebnis der Berliner Beratungen.

Einigkeit der Sachverständigen.

Die unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons abgehaltene Schlußberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens kam zu dem einstimmigen Ergebnis, daß die Annahme oder Ablehnung der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden, zu einem Zusammenbruche der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen gutgeheißene Denkschrift weist diese Unmöglichkeit im einzelnen nach. Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkte der Reichsregierung in den zu machenden festen Gegenvorschlägen, bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einverstanden.

An der Sitzung nahmen neben Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsschatzministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsministeriums für Wiederaufbau, des Statistischen Reichsamtes, sowie den die Delegation nach London begleitenden Sondervertretern Preußens und Bayerns, Geh. Rat Pellinger und Staatsrat v. Meinel die folgenden Herren teil: Geh. Kommerzienrat Arnhold, der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Baltrusch, Prof. Dr. Bonn, Exzellenz Edler v. Braun, Geh. Justizrat Dietrich, Geh. Regierungsrat Dutsberg, Gewerkschaftssekretär Erkelenz, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Dr. Frenzel, Malerobermeister Hansen, der Präsident der Reichsbank Exzellenz Havenstein, Dr. Georg Heim, Geh. Bergrat Hilger, der Leiter wirtschaftlicher Verbände Keinath, Geh. Justizrat Kempner, Kommerzienrat Klöckler, Generaldirektor Köngeler, Direktor Krämer, Gewerkschaftssekretär Löffler, Direktor Lübsen, Dr. Karl Melchior, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Dr. Walter Rathenau, Gewerkschaftssekretär Silberschmidt, Direktor v. Stauß, Hugo Stinnes, Direktor Urbig, Generaldirektor Vögler, Verbandsvorsitzender Wieber, Geh. Oberregierungsrat Wiedefeldt und Reichsminister a. D. Wissell.

Weiter wird über die Schlußsitzung noch berichtet:

In einer Nachtsitzung, die bis gestern morgen ½2 Uhr andauerte, hat die Redaktionskommission der Sachverständigenkonferenz die deutsche Denkschrift für London nach sorgfältiger Feilung in der letzten Fassung fertiggestellt. Noch im Laufe der Nacht ist eine englische und ein französische Uebersetzung angefertigt worden, und im Laufe des gestrigen Tages sollte auch die Drucklegung des gesamten Dokumentes beendet sein. Das Reichskabinett wollte sich gestern nachmittag mit der Denkschrift der Sachverständigen und den letzten Entschlüssen für die Londoner Konferenz beschäftigen.

Die Aeußerung in der Rede des Reichsministers Dr. Simons, daß unter den Sachverständigen eine Einigung über die Gegenvorschläge nicht zu erzielen war, ist vielfach so verstanden worden, als ob der Minister habe andeuten wollen, es seien Widerstände, besonders von industrieller Seite, erhoben worden. Demgegenüber kann die B. Z. mitteilen, daß im Gegenteil gerade von führenden industriellen Kreisen Vorschläge aufgestellt worden sind, deren Ausführbarkeit von führenden Persönlichkeiten unserer Finanzwirtschaft sehr stark angezweifelt worden ist. Es ist aber schließlich gelungen, ein Einvernehmen über außerordentlich weitgehende Gegenvorschläge zu erzielen. Die deutsche Delegation geht daher mit geschlossener Unterstützung aller deutschen Sachverständigen nach London.

Die Regierungsbildung in Preußen

Von parlamentarischer Seite des Zentrums verlautet über die Regierungsbildung in Preußen noch folgendes: In der unverbindlichen Besprechung unter den Parteien hat sich neuerdings herausgestellt, daß laut Aeußerungen des Ministers Severing die Mehrheitssozialdemokratie bereit ist, mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Wenn auch die Berliner Mitglieder der mehrheitssozialistischen Fraktion auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren, so würde sich die Mehrheit der Fraktion voraussichtlich doch nicht auf ihre Seite stellen. Bisher läßt sich die Situation wohl dahin zusammenfassen, daß die Mehrheitssozialdemokratie Anspruch auf drei Ministerien erhebt. Das Finanzministerium möchte sie allerdings gern an das Zentrum abgeben. Beim Zentrum besteht jedoch keinerlei Geneigtheit dafür, dieses Ministerium anzunehmen. In Zentrumskreisen wünscht man vielmehr, das Kultus-, das Landwirtschafts- und das Justizministerium zu besetzen. Das Landwirtschaftsministerium könnte man allerdings bei einem eventuellen Hinzutreten der Deutschen Volkspartei auch von dieser besetzen lassen. Zurzeit sind noch Verhandlungen darüber im Gange, daß dem Wunsche der Mehrheitssozialisten, drei Ministerien zu besetzen, stattgegeben werde, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern das Zentrum den Ministerpräsidenten stellt. Mitglieder der preußischen Zentrumsfraktion haben ihre Meinung dahin ausgesprochen, Geheimrat Porsch für den Ministerpräsidenten in Vorschlag zu bringen. Allerdings hat Geheimrat Porsch dazu noch keine Stellung genommen, und es bestehen mannigfache Zweifel darüber, ob er annehmen wird. Die Demokraten würden das von ihnen bisher innegehabte Handelsministerium weiterbehalten. Das bisher von den Demokraten besetzte Verkehrsministerium kommt ja für Preußen in Fortfall, so daß im ganzen überhaupt nur sieben Ministerien zu besetzen sind. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß sich die Bildung des Kabinetts in Preußen noch einige Zeit hinauszieht, und zwar mit Rücksicht auf die Londoner Konferenz. Sollte diese einen ungünstigen Verlauf nehmen, so wäre die Frage eines nationalen Kabinetts auf breitester Grundlage durchaus in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen.

Berlin, 26. Februar. Die Reichstagsfraktion der deutschen demokratischen Partei beschloß gestern, dem B. T. zufolge, bei der Regierungsbildung dem Grundsatz der Homogenität zwischen den Regierungen im Reiche und in Preußen zuzustimmen.

Vereinigte K. P. D.

Austritt von Führern aus dem Zentralausschuß.

Die kommunistische Rote Fahne veröffentlicht eine sehr lakonische Notiz, die geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Sie lautet:

Der Zentralausschuß der Partei hat vom 22. bis 24. Februar in Berlin getagt. Gegenstand der Beratungen war die Lösung des Bündnisses mit Sowjetrußland, das Verhältnis der kommunistischen Internationale zur Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, die Frage der italienischen Parteispaltung, die Organisation des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, die Fälle Thomas und Graf-München. Die Entscheidung des Zentralausschusses in der Frage der italienischen Parteispaltung glaubten 5 Mitglieder der Zentrale wegen der von ihnen angenommenen Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Partei mit einem weiteren Verbleiben in der Leitung der Partei nicht vereinbaren zu können. Es sind mit dieser Begründung aus der bisherigen Zentrale der VKPD folgende Genossen ausgeschieden: Die beiden Vorsitzenden Däumig und Levy, die Sekretäre Zetkin und Braß, der Beisitzer Adolph Hoffmann. Der Zentralausschuß nahm Ersatzwahlen vor. Als Vorsitzende wurden gewählt die Genossen Brandler und Stoecker; als Sekretäre wurden neu gewählt Böttcher, Ernst Meyer, Wegmann; als Beisitzer Sievas-Berlin. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Man darf auf diesen Bericht gespannt sein. Vorläufig wollen wir uns mit der Feststellung begnügen, daß die Uneinigkeit in die erst ganz vor kurzem vereinigte kommunistische Partei ziemlich schnell wieder eingedrungen ist und offenbar eine Erschütterung der ganzen Partei hervorgebracht hat. Man wußte zwar schon seit längerer Zeit, daß innerhalb der Partei sich mehrere Gruppen bekämpften, daß aber die entscheidenden Männer aus der Leitung ausscheiden würden, hat man außerhalb der Partei kaum erwartet. Wenn schon die geistige Bedeutung der austretenden Führer sehr bescheiden war, so sind die an ihre Stelle Gekommenen doch noch unbeträchtlicher. Uns kann es recht sein.

Kleine politische Meldungen.

Die Verabschiedung des Reichsetats für 1920 durch den Reichstag wird dringend vom Reichskabinett gewünscht, da durch die Verzögerung in der Verabschiedung bei manchen Ressorts Mißstände, auch in finanzieller Art, entstanden sind. Die Etatsberatung soll im Reichstage nunmehr beschleunigt werden.

Kein Nationaltrauertag. Die Reichsregierung hat den Entwurf wegen der Festlegung des 6. März als nationalen Trauertag zurückgezogen, nachdem im Reichsrate die Mehrheit der Länder erhebliche Bedenken gegen die Wahl dieses Tages erhoben hatte und gleichzeitig empfohlen war, die Trauer mit Schutzbestimmungen gegen die Abhaltung von geräuschvollen und unziemlichen Veranstaltungen zu umgeben.

Ein deutscher Vorschlag für den Wiederaufbau? Wie Victoire mitteilt, sollen die deutschen Delegierten für London beabsichtigen, den Vorschlag zu unterbreiten, die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mit eigenen Arbeitern und eigenem Material vornehmen zu lassen.

Abberufung der amerikanischen Truppen. Aus Brüssel wird gemeldet: Die amerikanische Regierung hat gestern der belgischen Regierung amtlich die Entscheidung der amerikanischen Regierung bekanntgegeben, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein abzuberufen. Im Ministerium